



22. Oktober 2025

**Motion**

von der SP-Fraktion

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um Hausärzt\*innen, Kinderärzt\*innen und allenfalls weitere ambulante akutsomatische Leistungserbringer in der Stadt Zürich zu fördern. Mit Leistungsaufträgen sollen qualitativ hochstehende Praxen in ihrer Funktion als zentrale Träger der Grundversorgung gestärkt, eine integrierte Versorgung im Stadtgebiet gefördert werden und ein städtisches Ärzt\*innennetzwerk aufgebaut werden.

Begründung:

Die ambulante medizinische Versorgung steht unter zunehmendem Druck – verursacht durch falsche finanzielle Anreize und einem sich verschärfendem Personalmangel. Insbesondere besteht ein ausgewiesenes Potenzial, die Gesundheitsversorgung koordinierter und integrierter auszugestalten. Zudem haben bereits heute Grundversorgungspraxen Mühe Nachfolger\*innen sowie auch Personal, insb. medizinische Praxisassistent\*innen, zu finden. Da weder die neuen nationale Tarife substantielle Verbesserungen bringen noch der Kanton Massnahmen ergreift, ist es an der Stadt Zürich, aktiv zu werden und ambulante Leistungserbringer in der Grundversorgung gezielt zu unterstützen.

Ziel ist es, Hausärzt\*innen, Kinderärzt\*innen und allenfalls weitere für niedergelassene Ärzt\*innen in grösseren Fachbereichen wie Gynäkologie zu unterstützen, um die Qualität der Grundversorgung zu fördern, die Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern zu stärken sowie ein städtisches Ärztenetzwerk aufzubauen und mit einem attraktiven Krankenkassenmodell der Bevölkerung zugänglich zu machen. Städtische Leistungsaufträge oder ein anderes geeignetes Instrument soll allen Grundversorgerpraxen offenstehen, sofern sie nicht im Besitz von Krankenkassen oder renditeorientierten Grossunternehmen sind und keine mengenabhängigen Lohnmodelle anwenden. Auf diese Weise soll erstens die Qualität gefördert werden, indem die Praxen nicht vergütete Koordinationsleistungen übernehmen, freiwillige Qualitätsstandards wie *smarter medicine* einhalten und Behandlungen ausschliesslich bei ausgewiesenem Nutzen für die Patientinnen durchführen. Ergänzend können über die Praxen Public-Health-Angebote wie aufsuchende Einsätze, Beratungen oder die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren im Sinne von Community Health Work ermöglicht sowie der Einsatz von nicht-ärztlichem Fachpersonal wie Praxiskoordinatorinnen oder Pflegeexpertinnen und gezielte Weiterbildungen gefördert werden. Zweitens soll die integrierte Versorgung gestärkt werden, indem sich die Praxen bereit erklären, sich an ein einheitliches Patientinnenadministrationssystem anzuschliessen, Infrastruktur mit anderen Praxen zu teilen und weitere von der Stadt als sinnvoll erachtete Leistungen anzubieten. Drittens soll

so ein städtisches Ärzt\*innennetzwerk entstehen, das der Bevölkerung den Zugang zu einem neuen, attraktiven Krankenkassenmodell zu möglichst fairen Prämien eröffnet. Bei der Umsetzung der Fördermassnahme ist auf eine einfache, zweckmässige Ausgestaltung zu achten, so dass kein substantieller administrativer Mehraufwand für die Praxen entsteht.

Mit einer gezielten Unterstützung der praxisambulanten Grundversorgung würde der Anreiz für eine patient\*innenorientierte und integrierten Versorgung gestärkt. Die Bevölkerung kann sich so bewusst in Praxen behandeln lassen, die ihre Leistungen konsequent am medizinischen Nutzen ausrichten. Durch den Abbau finanzieller Fehlanreize, einem Fokus auf medizinisch sinnvolle Leistungen und einem interdisziplinären Ansatz wird zudem ein Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten geleistet. In Kombination mit dem ebenfalls geforderten Aufbau von Permanenzen sowie den Leistungsaufträgen an psychiatrische Praxen sowie den bereits bestehenden städtischen Angeboten im stationären Bereich sowie der Langzeitpflege entsteht ein umfassendes medizinisches Versorgungsnetz in Zürich, das durch die Stadt aktiv mitgestaltet werden kann. Dies schafft die Grundlage, die Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern zu stärken und ein Vorbild für eine koordinierte und qualitativ hochstehende Versorgung in der Schweiz zu etablieren.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. A. D. J. P.', followed by a long horizontal stroke.